

PAUKOS im Gespräch mit Roland Roth

PAUKOS: In Ihrem Buch „Bürgermacht“ beschreiben Sie, dass sich in der Gesellschaft steigende Beteiligungsansprüche artikulieren. Neben Stuttgart21 nennen Sie weitere Beispiele für „bürgerschaftliche Aufbrüche“. Bewerten Sie damit diese Aufbrüche nicht zu hoch? Artikuliert sich hier nicht nur eine egoistische Minderheit, die zudem nicht zu den „Verlierern“ der Gesellschaft gehört? Ich denke dabei auch an das Volksbegehren in Hamburg zur Schulreform.

Roland Roth: Direkte Beteiligungsansprüche werden heute von gesellschaftlichen Mehrheiten eingefordert. Repräsentative Umfragen zeigen, dass selbst für zivilen Ungehorsam gegen große Infrastrukturprojekte, die korrekt von den zuständigen parlamentarischen Instanzen beschlossen wurden, eine Mehrheit Verständnis äußert, bei den Jüngeren sind es sogar zwei Drittel der Befragten. Darauf haben sich das Bauhauptgewerbe, die Immobilienbranche oder die Energieunternehmen längst eingestellt, wenn sie von der Politik frühzeitige Bürgerbeteiligung fordern, um mehr Planungssicherheit zu gewinnen. Mehr als 4 von 5 Befragten verstehen heute unter Demokratie mehr als nur alle 4 oder 5 Jahre zur Wahl zu gehen. Sie wollen nicht nur konkurrierende politische Eliten wählen, sondern bei Bedarf auch direkten Einfluss auf wichtige Sachentscheidungen nehmen. In diesen Ansprüchen kommen zwei Entwicklungen zum Tragen. Einmal gibt es eine wachsende Unzufriedenheit mit den Leistungen und der Verantwortlichkeit des Politikbetriebs. Die Bürgerinnen und Bürger sind misstrauischer gegenüber den Gemeinwohlansprüchen geworden, die parlamentarische Entscheidungen beanspruchen. Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit zerfällt zusehends der Glaube, die Parlamente

seien willens und in der Lage dominante Wirtschaftsinteressen und ihre Lobbyisten auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Dass die am meisten benachteiligten Gesellschaftsschichten am wenigsten auf die Straße gehen, gehört zu den Grunderfahrungen der Protestforschung. Ihnen fehlt es meist an Selbstbewusstsein, vor allem an der Überzeugung, dass es auf sie ankommt, zumindest ankommen könnte. Immerhin hatten die Hartz-Reformen die stärksten Sozialproteste der Nachkriegszeit ausgelöst. Hier kommt die zweite Entwicklung ins Spiel. Die Ansprüche an und die Fähigkeit zu politischer Beteiligung wachsen mit dem Bildungsniveau. Seit den 1960er Jahren haben wir eine enorme Expansion tertiärer Bildung erlebt. Waren es damals noch rund 5 Prozent eines Jahrgangs, die Zugang zu den Hochschulen hatten, sind es heute rund 50 Prozent. Bildung und Privilegien gehen heute, wie ein flüchtiger Blick auf den Billiglohnsektor an den Hochschulen zeigt, nicht mehr Hand in Hand. Auch wenn es genügend Beispiele dafür gibt, dass Protest oder direkt-demokratische Formen wie Bürgerentscheide für eine privilegierte Interessenpolitik genutzt werden, darf nicht übersehen werden, dass viele Menschen für Themen auf die Straße gehen, die nichts mit ihren unmittelbaren, „bornierten“ Interessen zu tun haben. Das gilt für die Energie-Wende oder dem Einsatz für Flüchtlinge und Asylsuchende ebenso wie für globalisierungskritische Initiativen. Keine demokratische Form ist gegen eigensüchtige Interessenpolitik gefeit.

PAUKOS: Die Neugründungen von Parteien („Die Grünen“ in den 60iger Jahren sowie „Die Linke“ und „Piratenpartei“ vor wenigen Jahren) und Programmänderungen (z.B. Umweltschutz, Altersarmut, Datenschutz) der etablierten zeigen doch auch,



dass unser Parteiensystem auf neue gesellschaftliche Konflikte reagiert. Wo liegen nach Ihrer Meinung die Defizite des Parteiensystems? Müssen wir Abschied nehmen von der „repräsentativen Demokratie“?

Roland Roth: Wir werden in unseren Gesellschaften immer auch repräsentative demokratische Formen benötigen. Die Vorstellung, wir müssten dauernd alles selbst entscheiden, ist eher eine Bedrohung, selbst wenn wir den bürokratisch-herrschaftlichen Leerlauf reduzieren. Erst ein radikaler Kommunismus könnte, angelehnt an die verschiedenen Formen der antiken Demokratie, Repräsentation überflüssig machen. Einstweilen geht es auch um die Qualität der repräsentativen politischen Institutionen selbst. Hier kann Vieles verbessert werden. Erinnerung sei nur an das hartnäckig verweigerte Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgern, die geringe Präsenz von Zugewanderten in Parteien und Parlamenten oder die Weigerung, internationale Standards bei den Transparenz- und Korruptionsregeln zu übernehmen

Prof. Dr. Roland Roth lehrt Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Demokratieentwicklung und bürgerschaftliches Engagement. Im August 2011 erschien im Körber-Verlag sein neues Buch „Bürgermacht“. Der Band ist auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen – Schriftenreihe Band 1229

und einzuhalten. Dass heute das untere Fünftel der Bevölkerung mehrheitlich nicht mehr zur Wahl geht, sollte beunruhigen. Die schnelle Anpassung der neuen Parteien an den Parlamentsbetrieb verdeutlicht, dass es ihnen nicht gelingt, die größer gewordenen Repräsentationslücken zu schließen und direkten Beteiligungsansprüchen dauerhaft zur Geltung zu verhelfen.

PAUKOS: *Sie plädieren in Ihrem Buch auch für eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungen und führen u.a. das Beispiel der Bürgerhaushalte an. Das Konzept der Bürger- oder Beteiligungshaushalte verweist aber m.E. auf zwei wesentliche Defizite einer basisdemokratischen Beteiligungsform: 1. Die teilnehmende Bürgerschaft rekrutiert sich i.d.R. auch hier aus der Mittelschicht und 2. aufgrund der Finanzsituation der Kommunen geht es dann nur um eine Abwehr von Ausgabenkürzung, soweit sie die Wohnquartiere etc. der partizipierenden Bürgerschaft betrifft. Ein weiteres Problem auf kommunaler Ebene ergibt sich sicherlich auch aus den Ansprüchen etablierter*

Machtpotenziale. Damit meine ich nicht nur die gewählten „Volksvertreter“ in den Parlamenten (Stadt, Kreis), sondern auch die Parteien, Verbände, Verwaltung etc. Wie müsste eine kommunale Struktur institutionell beschaffen sein, dass bürgerschaftliche Beteiligung für alle Bürgerinnen und Bürger (besser alle EinwohnerInnen einer Stadt) gelingen kann?

Roland Roth: In der Tat reduzieren sich viele „Bürgerhaushalte“ in Deutschland auf Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung, wie dies z.B. auch konzeptionell in Tübingen vorgesehen ist. Dies hat nichts mehr mit den lateinamerikanischen Ursprüngen zu tun. Dort ist es vielerorts gelungen, höhere Budgets für benachteiligte Quartiere einzurichten, die dann zur Finanzierung von demokratisch abgestimmten Vorschlägen aus der Bürgerschaft für lokale Verbesserungen genutzt wurden. Durch phantasievolle aufsuchende Formen oder Schüler- und Jugendhaushalte werden selbst Kinder und Analphabeten in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen. Bewohner_innen aus Armutsquartieren können

durch entsprechende Verfahren und Angebote durchaus überproportional beteiligt werden; man muss es nur wollen und entsprechend investieren. Wo Kommunen in Deutschland mehr als nur unverbindliche Spielwiesen angeboten, sondern eigene Budgets in die Hände der Bürgerschaft gelegt haben, sind die Botschaften eindeutig: Bürgerinnen und Bürger wollen weit überwiegend eine verbesserte öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bildungsbereich.

PAUKOS: *Wenn sich auch auf kommunaler Ebene Strukturen für eine stärkere bürgerschaftliche Beteiligung herstellen lassen, so wird dies auf den nächst höheren Ebenen (Land, Bund, EU) schwieriger. Auch die Probleme werden für den Einzelnen intransparenter. Denken wir nur an die derzeitige Finanz- bzw. Wirtschaftskrise. Allein bei der Problemerkennung wird es schwierig. Wie müssten hier die Strukturen beschaffen sein, um die eigene Betroffenheit sowie Interessenlage zu erkennen und sich aktiv einzubringen? Wie können Frustrationen der Beteiligten bei Abstimmungsniederlagen aufgefangen bzw. verarbeitet werden?*

Roland Roth: Dieser Problembeschreibung kann ich nur zustimmen. Die Demokratisierung transnationaler Politik gehört zu den großen, ungelösten Aufgaben, die umso drängender wird, je mehr Einfluss von dort ausgeht. Die über die Lebensbedingungen der griechischen Bevölkerung entscheidende „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission ist ein aktuelles Exempel für die Aushöhlung national verfasster Demokratien. Mit der EU ist eine politische Vereinigung aufgebaut worden, deren Demokratiedefizit sprichwörtlich ist. Über die aggressive neoliberale Strategie des Lissabon-Vertrags zum Beispiel, der Europa zur weltweit wettbewerbsstärksten machen sollte, gab es keine demokratischen



Proteste Stuttgart21

<http://www.bei-abriss-aufstand.de/wp-content/uploads/DSC6287.jpg>

Debatten und Entscheidungsprozesse. Besonders ärgerlich ist, dass selbst über wichtige Weichenstellungen wie eine neue EU-Verfassung in Deutschland keine Volksabstimmung zugelassen wurde. Mit einer bloßen Übertragung von nationalstaatlichen Formen wie Parlamente, Wahlen und Abstimmungen auf transnationale Ebenen ist es jedoch nicht getan. Die Forderung nach einer demokratisch verfassten Politik auch jenseits der Nationalstaaten wird gegenwärtig vor allem von globalisierungskritischen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, auf Acampadas oder von Occupy-Initiativen wachgehalten. Unsere Regierungen bewegen sich eher in die entgegengesetzte Richtung – so als seien sie froh, sich jenseits der Landesgrenzen nicht mehr um die Interessen der Bürgerschaft scheren zu müssen.

PAUKOS: *Alles was wir über „Politik“ erfahren, wird uns durch die Medien vermittelt. Betrachtet man die Berichterstattung über die aktuellen politischen Themen, so vermisst man in den gängigen Massenmedien „Aufklärung“ über Hintergründe etc. Das „Agenda Setting“ der meisten Medien folgt dem Prinzip der Auflagen- und Einschaltquotenmaximierung. Mehr „Bürgermacht“ verlangt aber auch andere Formen von „Öffentlichkeit“. Können die Sozialen Netzwerke den Politikdiskurs in der Gesellschaft neu beleben?*

Roland Roth: Internet und soziale Medien haben in den letzten Jahren erheblich zu politischen Mobilisierungen beigetragen – nicht nur im arabischen Raum. Transparenz und die Demokratisierung von Wissen können durch elektronische Medien erheblich befördert werden. Aber auch die herrschaftlichen Nutzungen sind unübersehbar – nicht nur in China. Dass sich mit den neuen Medien nicht nur Öffentlichkeit, Bildung und Erwerbsarbeit, sondern auch unsere Kommunikations- und Ge-

sellungsformen verändern, ist mit Blick auf die jüngere Generation offensichtlich. Dass hier längerfristig soziale Effekte erwartbar sind, die nicht gerade demokratieförderlich sein dürften, hat die US-Technologiekritikerin Sherry Turkle zu einem paradox klingenden Buch-Titel inspiriert: „Alone Together“ mit dem Untertitel: „Warum wir mehr von Technologie erwarten und weniger voneinander“. Jedenfalls gilt es Blick zu behalten, dass die neuen Kommunikationstechnologien zunächst ein Mittel darstellen, das für unterschiedliche Zwecke genutzt werden kann. Für Demokratiefragen gibt es keine technologischen Lösungen.

PAUKOS: *Politische Bildung gehört zum Fächerkanon der Curricula in allen Bundesländern, es gibt eine Bundeszentrale für politische Bildung und außer im Land Niedersachsen Landeszentralen. Es wird also viel getan und auch viel Geld für die politische Bildung ausgegeben. Die Ergebnisse der Untersuchungen von Heitmeyer zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und die Vorgänge um die Zwickauer-Terrorzelle sind nicht nur erschre-*

ckend, sondern verweisen auch auf Defizite in der politischen Bildung und der Bildung allgemein. Brauchen wir neue Bildungs- und Lernkonzepte? Welche Kernelemente müssten diese enthalten?

Roland Roth: Wir sollten als Menschen, die für mehr und bessere politische Bildung eintreten, bescheiden bleiben. Die alltägliche Zuarbeit in Wirtschaft, Politik, Sicherheitsbehörden und Gesellschaft zu Fremdenfeindlichkeit und nationalem Chauvinismus ist schier übermächtig. Davon kündigt nicht nur die Aufarbeitung der Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, sondern auch der größte Publikumserfolg eines Sachbuchs in der Nachkriegszeit. Sarrazins rassistisches Machwerk ist sicherlich ein Skandal, die breite Unterstützung seiner Weltsicht bei „gebildeten“ Schichten und sein Verkaufserfolg sind skandalöser. Politische Bildung greift in solche Deutungskämpfe ein, wenn sie mutig ist. Will sie wirksamer sein, muss sie aus dem Olymp ewiger Wahrheiten herabsteigen und sich veränderten Lebenswirklichkeiten stellen, die den Stoff alltäglicher Lernprozesse und Beschädi-



Occupy Frankfurt / Foto: Sterneck, Flickr, CC-BY-NC

gungen abgeben. „Abgehoben“ dürfte noch immer ein verbreitetes Urteil über politische Bildung und Demokratieerziehung sein. Die gerade diskutierten demokratischen Herausforderungen von Arabellion bis Internet, von Stuttgart 21 bis Occupy finden in der formalen Bildung meist nur spät, zu zögerlich und mit Abwehrgesten Resonanz. Statt die verstärkten Beteiligungsansprüche ermutigend aufzugreifen und zu stärken, nimmt politische Bildung noch zu oft die Pose des Bedenkenträgers ein, der mit erheblichem normativen Aufwand letztlich doch nur die bestehenden Verhältnisse gegen Kritik immunisiert. Es fehlt mir der konstruktive Beitrag zur Schließung der größer gewordenen Beteiligungslücken – von den Schulen bis zur europäischen Schuldenpolitik.

PAUKOS: Könnte man nach

ihrem Plädoyer für mehr Bürgermacht nach fast 60 Jahren „Demokratie“ in der BRD von einer „Zeitenwende“ sprechen, einem neuen Versuch zu „mehr Demokratie wagen“?

Roland Roth: Es gibt zahlreiche hoffnungsvolle Versuche, „mehr Demokratie wagen“ neu zu buchstabieren. Wir verzeichnen einen weltweiten Boom an demokratischen Innovationen. Nicht nur in Bürgerinitiativen und Protesten wird nach neuen demokratischen Formen gesucht, sondern auch Landesregierungen haben den Abschied von der „Basta-Politik“ verkündet und – wie in Baden-Württemberg – eine Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft eingesetzt. Im Landtag von Rheinland-Pfalz arbeitet seit über einem Jahr eine Demokratie-Enquete, die sich systematisch mit den Möglichkeiten eines Bundeslandes beschäf-

tigt, mehr Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Einige Städte, wie z.B. Heidelberg und Filderstadt, haben verbindliche Leitlinien für Bürgerbeteiligung verabschiedet. In vielen Politikfeldern ist heute von Partizipation die Rede, am wenigsten allerdings auf Bundesebene. Ob dies allerdings für eine „Zeitenwende“ ausreicht, darf analytisch bezweifelt werden. Dies sollte uns jedoch nicht daran hindern, diese demokratischen Aufbrüche zu befördern.

PAUKOS: Ich danke Ihnen für das Gespräch, Herr Roth

Roland Roth
Bürgermacht
Eine Streitschrift für mehr Partizipation
328 Seiten
Klappenbroschur | 13x20 cm
ISBN: 978-389684-081-3
Euro 16,- (D)
erschienen in der
edition Körber-Stiftung

Infostand in der Großen Straße am 17. November 2012



"Manche Menschen geben Geld aus, das sie nicht haben, für Dinge, die sie nicht brauchen, um Leuten zu imponieren, die sie nicht mögen." - Danny Kaye